

Dienstag, 27. Dezember 1915

# Beitung

in gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800  
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690

## bei Solum.

### Die große Reform.

Von  
Georg Bernhard.

Der Reichsschatzsekretär hat in seiner Rede zur Begründung der Kriegsgewinnsteuer bereits von weiteren neuen Steuerprojekten für das Reich gesprochen. Dieser allgemeinen Ankündigung ist eine — anscheinend halbamtlich beeinflusste — Meldung über eine geplante Erhöhung der Zigarettensteuer auf dem Fuß gefolgt. Gleichzeitig wird ferner von preussischer Seite die öffentliche Meinung auf die Erhöhung der Zuschläge zu den preussischen direkten Steuern vorbereitet. Diese Tatsachen genügen, um zu zeigen, wie notwendig es ist, sich endlich einmal über die grundsätzlichen Fragen der zukünftigen Steuerreform auszusprechen.

Vor allem tut es dringend not, zu verlangen, daß reformiert und nicht geflickt wird. Wenn wir selbst eine so hohe Kriegsschädigung erhalten werden, wie ich sie — allein Pessimistengeschrei zum Trost — als sicher erwarte, so werden wir trotz alledem im Reichsbudget einen Mehrbetrag von mindestens 1½ Milliarden Mark jährlich in der Zukunft aufzubringen haben. Man wird es verstehen, daß ich im Augenblick die Ziffer nicht spezialisieren will. Aber alle Sachverständigen werden mir zugeben, daß der von mir errechnete jährliche Mehraufwand sicher eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt ist. 1500 Millionen Mehrbedarf lassen sich nicht durch Steuererhöhungen decken. Diese Summe kann überhaupt nicht nach dem bisherigen System aufgebracht werden. Es wirkt beinahe komisch, wenn angesichts solcher Erfordernisse von einer Erhöhung der Zigarettensteuer die Rede ist. Die ganze Steuer hat im Etatsjahr 1913 den Betrag von 47 Millionen erbracht. Was würde es da angesichts unseres Finanzbedarfes für eine Bedeutung haben, wenn wir die Steuer selbst verdoppeln wollten? Will man denn wirklich mit der alten Methode fortfahren, überall ein paar Millionchen mühselig herauszupressen, alle Berufe zu verärgern, alle Stände gegeneinander zu heizen, um es schließlich doch keinem Stande und keiner politischen Partei recht zu machen? Das aber muß letzten Endes immer dabei herauskommen, wenn man nicht reformiert, sondern flickt.

Zur Reform gehört allerdings Zeit. Der stärkste Mann und der genialste Finanzkünstler ist nicht in der Lage, von heute auf morgen auch nur in den Grundzügen ein solches Reformwerk festzustellen. Nun wird natürlich auch in der Zwischenzeit des Bedenkens Geld gebraucht. Man verlangt vom Schatzsekretär, daß er bei aller Großzügigkeit seiner Zukunfts-ideen nicht vergißt, das Del bereitzustellen, das die Staatsmaschine auch während des Zwischenzustandes nicht entbehren kann. Aber auch im Interimistischen kann sich ein Meister bewähren. Wenn man annimmt, daß zwei Jahre mindestens erforderlich sein werden, bis der große Wurf gelungen ist, so ergibt sich klar der Weg, den man beschreiten muß. Voraussetzlichlich werden wir, bis das Ende des Krieges einigermaßen absehbar ist, rund 40 Milliarden auf Anleihen entnommen haben. Für das erste Jahr steht uns auch das Erträgnis der Kriegsgewinnsteuer noch nicht zur Verfügung. Es wäre daher am angebrachten, Zinsen und Mehrbedarf für das erste Jahr mit insgesamt 3 Milliarden Mark noch einmal auf Anleihen zu übernehmen. Denn es macht im Guten und im Bösen keinen Unterschied, ob das Deutsche Reich 40 oder ob es 43 Milliarden Kriegsschulden zu verzinsen hat. Dagegen wird die Ruhe dem angegriffenen Organismus wohl tun. Im zweiten Jahre werden wir die Kriegsgewinnsteuer in den Etat einstellen können. Ihr Ertrag ist heute noch nicht zu berechnen. Schon deshalb nicht, weil man ja wahrscheinlich die Steuerätze erst entsprechend dem Bedarf in Ansatz bringen wird. Sie ist aber so zu gestalten, daß sie wenigstens annähernd den Bedarf des zweiten Uebergangsjahres decken kann. In der Zwischenzeit müssen sich die Bundesstaaten und die Kommunen mit Erhöhung der Zuschläge behelfen.

Der Hinweis auf diese Zuschlagnotwendigkeiten führt uns sofort auf den Kern der notwendigen Reformen. Es wird sich nicht etwa nur darum handeln, die Reichsfinanzen zu sanieren. Mindestens ebenso wichtig und schwierig wird

sein, wenn das Reich auf der anderen Seite durch ungeschickte Besteuerung die Gewinnquellen verstopft, aus denen die Einkommen dem bundesstaatlichen Steuerbehörden zufließen können. Monopolisiert, was auch monopolisierenswert erscheint! Legt Steuern auf alle Gegenstände, die in den Verbrauch oder in die Veredelung fließen, soweit es ohne Schaden für die Allgemeinheit geschehen kann! Aber laßt den Produktionsprozeß von unnötigen Belästigungen frei. Diese Großzügigkeit rentiert sich hinterher hundertfach bei der Besteuerung der Einkommen und des Vermögenszuwachses.

Die Reform der direkten Besteuerung wird meines Erachtens in erster Linie darin bestehen müssen, daß wir endlich einmal einen einheitlichen Kataster für das ganze Reich bekommen. Wie hinterher Erhebung und Erträgnis aufgeteilt werden, ist eine zweite Sorge. Mag sich nach wie vor jeder Bundesstaat seine Extrawurst als Nationalgericht braten. Die Hauptsache ist nur, daß allen Bundesstaaten in Zukunft die Würste vom Reich geliefert werden. Das ausgewiesene Vermögen sollte in Zukunft nur beim Uebergang durch Geschenk oder durch Erbschaft, dann allerdings kräftig erfaßt werden. Dagegen dürfte es sich empfehlen, den Vermögenszuwachs, bevor er in den Genußbereich des Besitzers getreten ist, stark zu besteuern. Schon die Besteuerung des Vermögenszuwachses ist aufzufassen als ein Zuschlag zur normalen Einkommenbesteuerung, wenigstens insoweit, als es sich dabei um Einkommensteile handelt, die über den Verbrauch hinausreichen. Man wird aber auch allgemein dazu schrecker müssen, nach englischem Vorbild neben der allgemeinen Einkommensteuer Zuschläge, insbesondere nach der Art des Herkommens der Einkünfte, einzuführen. Man wird unterscheiden müssen, zwischen den Einkommen aus selbstständiger Arbeit, aus freier Berufstätigkeit, aus Gewerbe, aus Renten und aus Vermögen. Nur so sind auch die Zuschlagsmöglichkeiten zu schaffen, die auf Grund eines einheitlichen, durch das ganze Reich gehenden Katasters allen Finanzhöheiten die genügende Bewegungsfreiheit gestatten. Vor allem aber wird es notwendig sein, daß endlich einmal durch den Krieg mit der blinden Voreingenommenheit der industriellen und der landwirtschaftlicher Berufskreise gegeneinander gebrochen wird. Es konnte wissenschaftlich nie geleugnet werden, sollte es nun aber auch politisch nicht mehr, daß die Barzahlung der Steuern von der Landwirtschaft nicht so einfach zu leisten ist, wie vom Handel und der Industrie. Hier müssen Kompromisse geschlossen werden. Denn dieser alte Gegensatz darf uns das großzügige Reformwerk nicht stören.

Ich habe vorstehend die Notwendigkeit und den Geist der Reformen nur in wenigen Strichen zu skizzieren versucht. Schon aus dieser Skizze geht hervor, daß diese Reform nur von einem starken Mann durchzuführen ist. Denn das Heer der Interessenten wird mit Geschrei gegen ihn mobil gemacht werden. Es gehört ein ganzer Mann zum Ausdenken der Reform, und es gehört ein harter Mann dazu, sie und sich durchzusetzen. Möge unser neuer Schatzsekretär so stark, so ganz und so hart sein, wie es die Not und die Größe der Stunde erfordern.